

mittendrin

Ausgabe 12 / 2019 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Obdachlose sind ein Teil unserer Stadt!

Mehr als 1.100 Notübernachtungsplätze in diesem Winter – Neuer Warte- und Wärmerraum mit nächtlichem Kulturprogramm

Von Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

Der Winter ist für obdachlose Menschen die härteste Zeit, denn wer bei Kälte und Frost auf der Straße übernachtet, riskiert sein Leben. Damit es keine Kältetoten gibt, haben wir die Zahl der Notübernachtungsplätze in den vergangenen Jahren weiter erhöht und den Zeitraum ihrer Nutzung erweitert.

Nun können Menschen ohne Obdach von Oktober bis April in warmen Notübernachtungen schlafen, von November bis März stehen mehr als 1.100 Plätze der Kältehilfe zur Verfügung. Dort bekommen die Menschen warme Getränke und warmes Essen, manche Einrichtungen bieten Duschen, Friseur, Kleiderkammern und Sozialberatungen an.

Hilfsorganisationen und Ehrenamtliche sind in den kalten Monaten mit dem Wärme- und Kältebus unterwegs, um obdachlosen Menschen zu helfen und sie in Notquartiere und Nachtcafés zu bringen. Es gibt eine Hotline

der Kältehilfe, eine Koordinierungsstelle und eine App mit allen Angeboten.

Manche Obdachlose meiden diese Notübernachtungen aus unterschiedlichen Gründen, etwa weil sie psychisch krank oder suchterkrank sind oder auch weil sie ihre Tiere nicht mit in die Unterkunft bringen können. Diese Obdachlosen übernachteten selbst bei Frost auf der Straße.

Wir wissen, wie schwer es ist, diese Menschen mit unseren Hilfsangeboten zu erreichen und sie in das vorhandene Netzwerk zu integrieren.

Nachdem wir obdachlosen Menschen im vergangenen Winter in Kooperation mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) zwei U-Bahnstationen als Kältebahnhöfe angeboten haben, gehen wir in diesem Winter einen



Elke Breitenbach (DIE LINKE.) im Gespräch mit Obdachlosen

neuen Weg. Denn U-Bahnhöfe sind im Winter keine geeigneten Schlafplätze für Obdachlose.

Im Kreuzberger Kultur- und Sozialzentrum Gitschiner 15, tagsüber ein Treffpunkt für Obdachlose und andere Menschen mit wenig Geld, wurde Mitte November erstmals

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Warum der Senat drei Schulsanierungsprojekte strich

Darauf musste die Bezirksverwaltung in der BVV Antwort geben, und die fiel beschämend aus. Die Bauplanungsunterlagen waren nicht rechtzeitig übergeben worden. Erst verspätet konnten diese drei Schulen noch nachgemeldet werden. Andreas Böttger berichtet.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Neonazis sind Faschisten – das ist gerichtsfest

Für den jüngst zum Ehrenpräsidenten der AfD gewählten Gauland war der Holocaust "nur ein Vogelschiss" in der ansonsten "tausendjährigen ruhmreichen Geschichte" der Deutschen. Ellen Brombacher weiß, wohin die Gewöhnung an solche Meinungsfreiheit führt.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

Was wären wir wohl heutzutage ohne das Internet?

Termine bei Behörden, Auskünfte zur lokalen Politik, zu wichtigen Bauvorhaben – übers "Netz" macht das Portal www.berlin.de. alles möglich. Der Senat hat alle Verträge zum Ende 2021 gekündigt. Tobias Schulze über notwendige Schritte und Bedingungen.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten, liebe Leserinnen und Leser der „mittendrin“,

wir wünschen euch und Ihnen eine friedliche und erholsame Weihnachtszeit, einen „unfallfreien“ Jahreswechsel und uns allen ein erfolgreiches Jahr 2020!

Bezirksvorstand, BVV-Fraktion und die Redaktion der „mittendrin“

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Neues Leben im Haus der Volksbildung

Im Sommer 2018 haben die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt ein Zwischennutzungskonzept für das seit über zehn Jahren so gut wie leerstehende Haus der Volksbildung in der Badstraße 10 beschlossen. Die Entwicklung des Standorts wirkte lange Zeit wie eine hoffnungslose "Never Ending Story".

Als marode und unwirtschaftlich galt der Ort, als wahres Sorgenkind. Zuletzt gab es nur noch den kommunalen Jugendclub, der seit den 1980er-Jahren existiert. Für sowohl den Jugendhilfeausschuss als auch das Jugendamt war es äußerst wichtig, dass er weiterhin bestehen kann.

Die Eröffnung und das Nutzungskonzept für die Badstraße 10 waren überfällig und es ist zu hoffen, dass der Standort in seiner neuen Kombination die Lebensqualität der Anwohner verbessern wird und BürgerInnen und Initiativen hier den langersehnten Raum für Begegnung und gemeinsames Wirken erhalten.

Neben dem Erhalt und der Weiterentwicklung des Jugendclubs freue ich mich besonders über die neuen Mitbewohner: das Sprachförderzentrum sowie die Sprachfördergruppe

gem. § 55 des Schulgesetzes. Sprachliche und kulturelle Vielfalt zeichnet die Alltagswelt der Region Gesundbrunnen aus. Ein Drittel der Einwohnenden hat einen ausländischen Pass. Dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch wie

Zeitpunkt der Einschulung sind bei Kindern dieser Region sehr hoch. Sowohl strukturelle als auch individuelle Gründe tragen dazu bei, dass ein Kind die Auflage zur vorschulischen Sprachförderung nicht erfüllt.

Letztendlich sind es Defizite, die die Lernerfolge in der Schule erschweren können und zusätzliche Förderung nötig machen. Damit alle Kinder eine Chance auf Sprachförderangebote bekommen, arbeitet die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit den bezirklichen Schul- und Jugendämtern und Trägern der freien Jugendhilfe an einem Ausbau der Plätze dafür. Dazu ist insbesondere die Erschließung zusätzlicher Raumkapazitäten erforderlich. Im Haus der Volksbildung ist es gelungen, solche adäquaten Räume zu finden.

Der weitere, bedarfsorientierte Ausbau des Angebots an Sprachfördergruppen im Bezirk, um allen Kindern mit vorschulischem Sprachförderbedarf ein Angebot unterbreiten zu können, wird im nächsten Jahr ein wichtiges Ziel des Bezirksamtes darstellen.

Ramona Reiser, Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste



Freude beim Bezirksamt über die Rettung der Badstraße 10

im gesamtstädtischen Durchschnitt. Teilhabe an der Gesellschaft in allen Lebensbereichen kann nur gelingen, wenn diese Personengruppen adäquat gefördert werden.

Sprache, als ein essentieller Bestandteil einer Kultur, ist sowohl emotional als auch technisch eine Kompetenz, die man braucht, um dazuzugehören. Die Sprachdefizite zum

Aus der BVV

Obdachlosigkeit verhindern, Schulneubau verhindert?

Zu Obdachlosigkeit und der Möglichkeit, diese durch die Beschlagnahme von Wohnraum zu verhindern, gab es in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte im November mehrere Einwohneranfragen.

Für die Linksfraktion antwortete Katharina Mayer, dass ein neues Gutachten aus dem Abgeordnetenhaus zeigt, dass man Wohnungen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit beschlagnahmen kann. In dem konkret nachgefragten Fall, der auch in einem Antrag der Linksfraktion aufgegriffen wurde, ist eine Beschlagnahme möglich und auch nötig, um die durch die Zwangsräumung drohende Obdachlosigkeit des Räumungspflichtigen zu verhindern und dessen gesundheitliche Unversehrtheit sicherzustellen.

Nach den Einwohneranfragen ging es dann direkt in die Abstimmung über den Antrag „Obdachlosigkeit verhindern! Sofortige Be-

schlagnahme der Wohnung“. Die BVV stimmte mit den Stimmen der Linksfraktion, der Grünen, der Piraten und von zwei SPD-Lern dafür, der Rest der SPD enthielt sich. CDU, FDP und AfD stimmten gegen das Verhindern von Obdachlosigkeit.

Kritik an Schulstadtrat und Bezirksamt

Anschließend gab es eine Diskussion zu Schulsanierungen in Mitte. Der Anlass war, dass sechs Schulsanierungsprojekte vom Senat gestrichen wurden, weil der Bezirk für diese Maßnahmen keine Bauplanungsunterlagen vorweisen konnte oder angesagt hat, diese bis Ende Juni 2020 vorzulegen. Erst im Nachgang gelang eine Nachmeldung für 3 Schulen: Die Miriam-Makeba-Grundschule, die Papageno-Grundschule und die Carl-Krämer-Grundschule.

Für die Kurt-Tucholsky-Grundschule und die integrierten Sekundarschulen Hedwig-Dohm

und Ernst-Schering sieht es schlecht aus. Die BVV verlangte in mehreren Anfragen Aufklärung über den Vorgang und kritisierte den Schulstadtrat Carsten Spallek (CDU) und das Bezirksamt in Gänze.

Das Unvermögen des Bezirksamtes, rechtzeitig Bauplanungsunterlagen herzustellen oder anzumelden, kann nicht hingenommen werden. Die Linke fordert Konsequenzen. Die Ämter müssen mit dem notwendigen Personal ausgestattet, klare Zuständigkeiten und Verantwortungen definiert werden. Das Bezirksamt muss der Schulbauoffensive endlich gemeinsam Priorität einräumen. Wir fordern für alle sechs Schulen, für die eine Sanierung im Bezirkshaushaltsplan ab 2021 vorgesehen ist, eine Lösung zu finden. Dafür stehen Bezirksamt und BVV im Wort.

Andreas Böttger

Mehr Informationen auf www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Ostdeutschland, die Landtagswahlen und Dietmar

Während wir im "linken Berlin" für einen Mietendeckel gekämpft haben, sieht die politische Einstellung in manchen Teilen Deutschlands doch leider ganz anders aus. Und wahrscheinlich hätte es die Überschrift nicht gebraucht, um zu erahnen, dass die neuen Bundesländer damit gemeint sind.

Drei Landtagswahlen sind dort nun ´rum: In Sachsen, Brandenburg und in Thüringen. Die Ergebnisse sind uns ja bekannt - von fantastisch in Thüringen bis fatal in Sachsen und Brandenburg. Darüber wurde in Berlin viel diskutiert, eingeschätzt, bewertet, aber - wie ich finde - eben immer aus der Ferne und ohne die spezielle Situation dort wirklich zu kennen.

Ich bin 1992 geboren, im Raum Halle aufgewachsen, dort zur Schule gegangen und habe später in Sachsen studiert. Ich bin kein "Ossi", sehe mich auch nicht so, aber kenne die Situation doch gut. Das hat mich dazu bewegt, diesen Artikel zu schreiben.

In Gesprächen mit Menschen, die die DDR erlebt haben, ist mir immer wieder aufgefallen, dass die Gründe für Politikverdrossenheit, Resignation und Wut zwar verschieden sein können, aber sehr oft mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der (Nach-)Wendezeit zusammenhängen. Der wirtschaftliche Umbau durch die Treuhand sowie die Neoliberalisierungswelle haben tiefe Löcher gerissen, die dafür sorgen, dass die neuen Bundesländer immer noch stark von den alten Ländern abhängig sind. Gleichzeitig spitzt sich der Stadt-Land-Konflikt weiter zu. Menschen ziehen weg oder in die Ballungsräume (Leipzig, Erfurt, ...), wo sich meist "westdeutsche" Unternehmen an-



Stark besuchtes Basistreffen mit Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch

gesiedelt haben. Für die ländlichen Regionen ist das eine Abwärtsspirale nach unten: keine Wirtschaft, keine Jugend, kein Nahverkehr... Das sind zwar alles keine Gründe, eine rassistische, faschistische und sexistische Partei zu wählen, aber in dieser Partei treffen sich erstaunlicherweise all diese Probleme bzw. Ängste und die zentrale Frage ist: Was haben wir als LINKE falsch gemacht?

Darüber haben wir auch gemeinsam mit Dietmar Bartsch zum letzten Basistreffen in Mitte diskutiert. Gerade jetzt, wo der Rechtsruck weltweit zunimmt, müssten wir mehr als je zuvor Partei der sozialen Sicherheit sein. Und wir müssen über uns selbst nachdenken, denn strukturell haben wir z.B. die Arbeiter*innen als Wähler*innen verloren und damit diejenigen, für die wir mal gegründet wurden. Es

geht einfach darum, das vielfältige soziale und politische Auseinanderdriften umzukehren. Das schaffen wir nur, wenn wir Dietmars Appell ernst nehmen: "Als LINKE zusammenbleiben und zusammen arbeiten!" Na dann, es gibt viel zu tun!

Paul Keydel

Die Linke - Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Fortsetzung von Seite 1: Obdachlose sind ein Teil unserer Stadt!

ein Warte- und Wärmerraum für obdachlose Menschen eröffnet.

Die Sozialgenossenschaft Karuna wird in ihrem Übernacht-Café, so der Name, den bedürftigen Menschen ab 22 Uhr nicht nur einen warmen Ort mit Essen und Getränken anbieten, sondern auch ein Kulturprogramm. Kleine Konzerte, Film- und Kochabende sind geplant, Sozialarbeiter sind die Nacht über anwesend. Und Nachbarn, die helfen wollen, sind dort willkommen.

Das Übernacht-Café ist ein weiterer wichtiger Schritt, das bestehende Hilfesystem für obdachlose Menschen zu erweitern und ihren Bedürfnissen anzupassen. Wir müssen den Weg zu ihnen finden! Nach 20 Jahren haben wir deshalb die Leitlinien zur Wohnungslosenpolitik mit allen beteiligten Akteuren erneuert.

Auch die Berliner Bezirke handeln nun einheitlich, denn vor allem in Innenstadtbezirken wie Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein abgestimmtes Vorgehen im Sinne der obdachlosen Menschen wichtig. Engagierte Straßensozialarbeit ist in diesem Falle sinnvoller und erfolgreicher für diese Menschen als der alleinige Einsatz von Polizei und Ordnungsamt!

Mit den neuen Leitlinien gibt es jetzt endlich ein gemeinsames gesamtstädtisches Konzept, um Wohnungslosigkeit zu bekämpfen und Obdachlosigkeit zu verhindern.

Und es geht weiter: Am 29. Januar 2020 werden wir erstmals in der bundesdeutschen Geschichte die obdachlosen Menschen in unserer Stadt zählen - und wir suchen dafür noch viele freiwillige Helferinnen und Helfer! Die

Struktur der obdachlosen und wohnungslosen Menschen hat sich verändert und wir wollen jetzt wissen, woher diese Menschen kommen, welche Sprachen sie sprechen und welches Geschlecht sie haben. Nur so können wir die Hilfe für sie organisieren und ihre Situation verbessern. Im besten Falle, so unser Ziel, schaffen wir es, sie von der Straße zu holen. Mit unserem Pilotprojekt „Housing first!“ (Zuerst ein Zuhause!) gehen wir den richtigen Weg!

Die Zählung der Obdachlosen nennen wir Nacht der Solidarität. Denn wenn es um die obdachlosen Menschen geht, haben wir eine klare Meinung: Berlin ist bunt und vielfältig. Und alle Menschen dieser Stadt, die in Not sind, bekommen unsere Solidarität, unsere Hilfe und Unterstützung - unabhängig davon, wo sie herkommen!

Menschen in Mitte

Prof. Dr. Anni Seidl

Die Menschen müssen erkennen, dass wir sie verstehen

Als einen praktischen Kompass für unser Nachdenken sieht Anni Seidl das jüngst eröffnete Futurium am Alexanderufer 2, das Haus der Zukünfte, das die bisher schon zahlreichen Besucher mit der Frage „Wie wollen wir leben?“ konfrontiert.

„Die Politik, auch die der DIE LINKE, tut sich mehr als schwer mit dem Morgen, das längst begonnen hat“, betont die promovierte und habilitierte Politik- und Geschichtswissenschaftlerin. „Ob, wann und wie ein Systemwechsel erfolgt, ist mehr als offen. Auch ob er den Namen Sozialismus trägt. Aber wir brauchen erst mal den Erhalt demokratischer und sozialer Lebensbedingungen.“

Prof. Dr. Seidl weiß, wovon sie spricht, wurde sie doch in ihren 85 Jahren Leben von vielen Erfahrungen, Wende und Umbrüchen geprägt. 1934 in der Nähe des heutigen tschechischen Svitavy in einer katholischen Bäckerfamilie geboren, stand sie schon als 18-jährige Neulehrerin in Grevesmühlen vor einer Klasse mit 40 Kindern. Nach ihrem Studium von Germanistik und Geschichte promovierte sie an der Berliner Humboldt-Universität und war 1979 eine der wenigen weiblichen Habilitanten unter 300 Anwärtern, die ordentlich oder außerordentlich zu Professoren berufen wurden. Ihre Vorlesungen und Seminare in wissenschaftlichem Kommunismus und Geschichte wurden von den Studenten und anderen hoch geschätzt.

„Bis zum Herbst 1989“, wirft Anni Seidl ein. „Gleich nach dem 40. Jahrestag der DDR begannen in den Hörsälen und Seminarräumen Unruhen von Studierenden. Laute Fragen nach der Zukunft des Landes wurden gestellt, wuchsen Proteste gegen Zustände“, kann sie nicht vergessen. Die „Wende“ kam, sie gehörte zu den 95 Prozent aller Wissenschaftler, die unversehens entlassen oder frühzeitig emeritiert wurden.

Eine kluge Partei und denkende Bürger

„Die Bürger fühlten sich in den 90-er Jahren alleingelassen, Millionen standen plötzlich vor dem Nichts. Heute, nach 30 Jahren, werden endlich Wahrheiten ausgesprochen. Warum haben wir das nicht damals schon getan?“, fragt Anni Seidl. „Wir müssen so mit den Menschen reden, dass sie erkennen, wir verstehen ihre Probleme, aufhören, alles besser wissen zu wollen.“

Die in Jugend- und Parteiarbeit reich er-



fahrene, versierte Politologin fordert jetzt für DIE LINKE eine Programmdebatte, „die soziale Gerechtigkeit unter gravierend veränderten kapitalistischen Bedingungen“ schafft. „Die Rechten werden weiter an Raum gewinnen, wenn die demokratischen Kräfte versagen“, betont sie. Alleine gehe das nicht, Kompromissbereitschaft gegenüber anderen Demokraten sei dringend notwendig. „Jegliches Machtgehabe und Festhalten an Posten werden zunehmend durchschaut und nicht akzeptiert. Wir haben doch eine kluge Partei und denkende Bürger.“ Im Vorstand von Mitte, in der Historischen Kommission und im Ältestenrat der DIE LINKE will Anni Seidl unablässig und verstärkt darauf verweisen.

Matthias Herold

Sprechzeiten der
BezirksvorsitzendenJeden Mittwoch findet
von 15 bis 19 Uhr

eine Sprechstunde der Bezirksvorsitzenden Zhana Jung in der Geschäftsstelle für alle Genoss*innen, Sympathisant*innen und Interessent*innen statt.

Karl-Liebnecht-Haus,
Zimmer 113, Kleine Alexanderstr. 28,
10178 Berlin

Kurznachrichten

➤ Ach, du liebe Zeit – schon wieder
Weihnachten ...

Fast jede/jeder Zweite erlebt den Weihnachtseinkauf als nervigen Stress. Vielen fehlen einfach die Ideen für die richtigen Geschenke. 46 Prozent der Befragten sagen, dass sie eigentlich nicht wissen, was sie kaufen sollen. Aber das kann sich inzwischen gebessert haben – die Umfrage wurde schon Ende Oktober / Anfang November erhoben.

➤ Fast alles wie im vergangenen
Jahr?

Die Deutschen wollen dieses Mal etwa eben so viel Geld für Geschenke ausgeben wie 2018. Da waren es 282 Euro pro Einkäufer, wie die Unternehmensberatung Ernst und Young herausfand. 281 Euro pro Nase wurden für dieses Jahr errechnet. Das ist natürlich nur der Durchschnitt, also der Mittelwert aller Geschenke – zwischen Pralinenschachtel und Porsche.

➤ Es gibt Weihnachtsgeld – aber
nicht für alle

Einer Umfrage zufolge haben dabei Beschäftigte in tarifvertraglich gebundenen Unternehmen bessere Chancen. Im Westen können 53 Prozent auf den finanziellen Weihnachtsseggen hoffen, im Osten lediglich 41 Prozent. Die Differenzen sind auch auf diesem Felde hartnäckig.

➤ Immer weniger Briefkästen und
Postämter

Seit 2002 sind 20 000 Briefkästen verschwunden. Immerhin – 110 000 werden noch regelmäßig geleert, wenn auch nicht alle täglich. Von den 13 663 Postfilialen im Jahr 2000 sind 2019 noch 12 744 geblieben. Doch Vorsicht! Davon sind nur 1000 „echte“ Filialen, die auch von Angestellten der Deutschen Post betrieben werden. Die anderen sind kleine Ableger in Schreibwarenläden oder in den großen Häusern der Warenhausketten.

➤ Gute Gewinne für die Post

Im dritten Quartal 2019 standen unter dem Strich etwa 350 Millionen Euro Gewinn für die Post und ihre Aktienbesitzer zu Buche. Im Vorjahresquartal waren es mal eben etwas über 100 Millionen Euro.

➤ Fluglinie EMIRATES kauft 50
Großraumjets A350

Bei der Luftfahrtmesse in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) haben Vertreter beider Seiten eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Der britische Hersteller RollsRoyce wird die Triebwerke liefern. Nach der aktuellen Preisliste hätte der Käufer für die 50 Maschinen 16 Milliarden US-Dollar zu zahlen. Sie dürfen allerdings mit den üblichen Preisnachlässen rechnen.

Bei anderen gelesen

► Deutschland redet nur vom Wetter

In aller Welt protestieren Menschen für mehr Freiheit und Demokratie, gegen Bevormundung, sinkende Lebensstandards und steigende Steuern. In Deutschland ist nicht der Mut zur Veränderung, sondern Angst und Panik das beliebteste Motiv politischer Proteste. Die Proteste werden mit alten Stereotypen weggeklärt. Auf Grund dieser Oberflächenfixierung werden inhaltliche Nuancen und Entwicklungen innerhalb der Protestbewegungen kaum wahrgenommen.

„Cicero“, 24.11.2019

► Kramp-Karrenbauer warnt die CDU

Es sei keine erfolgreiche Wahlkampfstrategie, wenn sich Politiker von der Bilanz der 14-jährigen Regierungszeit von Angela Merkel distanzieren. Sie warnte vor Schwarzmalerei. Vor dem Parteitag sei in vielen Medien die Rede davon gewesen, dass in Leipzig eine Revolution, ein Aufruhr bevorstehe. „Wir lassen uns nicht in den Ruin hineinschreiben.“

„Berliner Tagespiegel“, 24.11.2019

► Der Geist von 1989

30 Jahre nach dem Mauerfall fehlt das Verständnis, dass es nicht um Freund und Feind geht, sondern um Respekt für unterschiedliche Meinungen und die Entschlossenheit, nach Kompromissen zu suchen. Das ist die zentrale Voraussetzung, damit die Gesellschaften prosperieren können. Wir müssen unermüdlich erklären, dass die Menschenrechte weder ausschließlich für die Mehrheit noch für die Minderheiten da sind, sondern für Alle.

„taz“, 24.11.2019

► Frieden statt Konfrontation

Die NATO ist zu einem aktiven Kriegsführungsbündnis gemacht worden (Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen ...). Es geht dabei nicht um Menschenrechte oder Demokratie, sondern um politische und wirtschaftliche Machtinteressen. Diktatoren, Terrorregime und Kriegsparteien, die den „Westen“ unterstützen, haben nichts zu befürchten, sondern werden noch mit Waffen versorgt. Deutschland darf sich an einer Politik der Konfrontation, der Sanktionen und der Aufrüstung nicht länger beteiligen, sondern muss sich ihr widersetzen und dafür Partner in Europa und weltweit suchen.

„RotFuchs“, November 2019

Akute Wohnungskrise

Ein-Prozent-Chance für Singles innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings!

Mietenwatch wertete 80.000 Wohnungsinserate in Berlin aus

„In Berlin haben Spekulation, Privatisierung und eine gestiegene Nachfrage nach Wohnraum mittlerweile zu einer Wohnungskrise geführt“, stellte kürzlich das vom Bildungs- und Forschungsministerium geförderte Projekt Mietenwatch in einem Zeitraum von 18 Monaten fest.

„unsichtbare Hand des Marktes“ entstehen und müssen durch Mieterschutz (wie den Mietendeckel) und durch die Ausweitung des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbestands aktiv geschaffen werden.

Der Stadtsoziologe Andrej Holm stellte kürzlich fest: Für die Hälfte aller Berliner



Bezahlbare Wohnungen sind Höchstrenditen zum Opfer gefallen

Danach können sich Single-Haushalte mit einem Netto-Haushaltseinkommen von durchschnittlich 1.375,- Euro berlinweit nur 4,4 Prozent der Wohnungsangebote leisten; innerhalb des S-Bahn-Rings nur ein Prozent der Wohnungsangebote! Immer mehr Menschen, gerade auch in mittleren Verdienstspannen, haben enorme Schwierigkeiten, leistbaren Wohnraum zu finden. Als „leistbar“ gilt eine Wohnung dabei, wenn die Miete inklusive aller Betriebs- und Nebenkosten 30 Prozent des Netto-Haushaltseinkommens nicht übersteigt.

Für Haushalte mit fünf und mehr Personen und einem Durchschnittseinkommen von 3000 Euro ist die Lage Mietenwatch zufolge besonders angespannt: Unter den 859 in Frage kommenden Angeboten innerhalb des S-Bahn-Rings sei in den untersuchten 18 Monaten kein einziges „leistbares“ Angebot dabei gewesen.

Die Zahlen zeigen nur allzu deutlich, dass Gentrifizierung längst zur Regel geworden ist. Wer nicht zahlen kann, hat kaum noch eine Chance auf eine Wohnung im Berliner Zentrum.

Bauen, bauen, bauen!, verkünden Immobilienlobby und Teile der Politik. Aber gerade die steigenden Mieten im Bestand, die Verdrängung durch Modernisierungsankündigungen und Umwandlungen in Eigentumswohnungen sind nicht allein durch den Wohnungsmangel zu erklären; leistbare Mieten auch für Haushalte mit weniger Geld werden nicht durch die

Haushalte sind schon die vergleichsweise günstigen Bestandsmieten zu teuer. Die Verdrängung wird zur notwendigen Voraussetzung für die Realisierung wirtschaftlicher Höchstrenditen: Verdrängung als Geschäftsmodell.

Rainer Scholz

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751



BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-blum.de / www.carola-blum.de
Sozial- und Mieterberatung
Do 17.30–18 Uhr: 5.12. / 19.12.

2019 ist fast vorbei

Im November mag niemand spazieren gehen. Beim Bäcker gibt's jetzt bunte Pfannkuchen, auch Weihnachtsschmuck ist schon da. Jahreszeitliche Events sind verlässlich, während neue Leute nur kommen und gehen. Das Kiezgefühl schwindet, das öffentliche zu Hause wird beliebig.

In Berlin sollen die am wenigsten glücklichen Menschen mit der ungeliebtesten Regierung leben, doch deren Mietendeckel wird geschätzt. Dieser begehrteste Wirtschaftsstandort ist eine Touristenattraktion, hat 40 000 Sharing-Fahrzeuge, davon 16 000 E-Scooter und 14 000 Mietfahrräder, wohl vorwiegend in Mitte. Geklärt ist, die Begrenzung auf 10 Stundenkilometer war ungesetzlich, daran hielt sich auch am Koppenplatz kaum jemand. Tempo 30 bremsst auf 250 Metern Invalidenstraße keineswegs den Berliner Verkehrswahn. Die Unfallecke wird bebaut, das Tacheles-Gelände zeigt schon meterhoch Zukunft.

Novembertage sind meist grau, kurz, feucht und kühl. Mehrfach ist Trauer angesagt, die funzlige Straßenbeleuchtung hebt keine Stimmung, für Fußgänger bleibt's gefährlich. In der Torstraße schließt am Jahresende der Papierladen, einst war er dreimal größer. Manche nennen das Heimatverlust. Ein Café soll einziehen? Hausgebackener Kuchen, Kette? Start-Up und co-working Space brauchen mehr Raum. Nebenan bieten Blumen- und

türkischer Gemüseladen auch Kaffee an. Eine Novemberwoche war ich in Manhattan. Grelle Sonne, Kälte, Menschenmassen, Restaurant-Preise enorm gestiegen, geduldige Warteschlangen, wo es handgemachte Kekse gibt und das MoMa begeistert in neuer Gestaltung. In der Subway sitzt oder steht erschöpfter als in Berlin die arbeitende Bevölkerung.

Für Touristen sind glitzernde Spitzen allerneuster Hochbauten faszinierender denn je, Einheimische hoffen auf zuverlässigere Bahnen und Busse, nutzen Fahrradwege. Sponsoren, Mäzene und trickreiche Unternehmen finanzieren gepflegte Uferfreiflächen, grüne Oasen, Kunst im Raum, öffentliche Stühle und Bänke. Freizeit ist wertvoll, Ältere und sehr Alte werden umworben, sind überall, kaufen, schwatzen, flanieren, gehen mit deutlichem Seniorenrabatt in Museen und Kino-Frühvorstellungen. Und nicht nur am Vorabend in Restaurants. In Berlins Mitte ist meine Generation 75+ fast unsichtbar. Das „Hackesche Höfe“-Kino lockt die 66+ mit 1(!) Euro, sonntags mit 2 Euro

Überraschungen auf der Straße – Mitte oder Manhattan?



Rabatt. Das soll Zuschauer bringen? Mittes Bezirksamt hat 1 600 Senioren, mich nicht, nach Wünschen und Sorgen befragen lassen. Mal sehen, was dabei rauskommt.

Irene Runge

Stadtentwicklung von vorgestern

Am Holocaust-Mahnmal entsteht hochpreisiger Wohnraum

Die Richtungswechsel der Baupolitik in der jüngeren Berliner Geschichte lassen sich aktuell am Beispiel des Bauprojekts „Palais am Brandenburger Tor“ betrachten. In der Cora-Berliner-Straße wurde kürzlich der Grundstein für den 29 Meter hohen Bau gegenüber dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas gelegt, der im Frühjahr 2021 fertiggestellt sein soll.

In den letzten Jahren der DDR wurden hier Wohnbauten in Großplattenbauweise errichtet, die schließlich von der landeseigenen WBM übernommen wurden. Diese plante unter dem Namen „Wohnen in den Ministergärten“ einen umfangreichen Neubau. Doch der Bankenskandal des Diepjen-Senats, dessen Folgen von der folgenden rot-roten Koalition verwaltet werden mussten, führte

zu einem Spardruck, so dass die WBM das Grundstück verkaufte.

In den folgenden Jahren wurde es als reines Spekulationsobjekt an immer neue Besitzer verschertelt. Seit 2011 lag eine Baugenehmigung vor, doch statt Wohnraum entstanden als Dauerprovisorium Wurst- und Souvenirbuden. 2016 wurde das 4.500 m² große Grundstück schließlich an zwei anonyme Eigentümerfamilien verkauft und durch den damaligen rot-schwarzen Senat ein Bebauungsplan festgelegt.

Die Eigentümer beauftragten den Münchener Entwickler MUC Real Estate mit der Bauplanung. Diese sieht nun letztendlich die Errichtung von 134 Mietwohnungen vor, mit Läden und Restaurants im Erdgeschoss. Und die Investition – der Tagesspiegel mutmaßte 2016, der Preis des Grundstücks habe bei

75 Millionen Euro gelegen – soll sich lohnen: Zwar konnte der jetzige rot-rot-grüne Senat in einem städtebaulichen Vertrag zumindest noch öffentliche Toiletten und eine frei zugängliche Aussichtsplattform festschreiben. Doch das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung, bei dem 30 Prozent der Geschossfläche als mietpreis- und belegungsgebundener Wohnraum gefördert werden, kommt nicht zur Anwendung.

So wird ein weiteres innenstädtisches Grundstück als Ergebnis jahrelanger Bodenspekulation für hochpreisigen Wohnraum geopfert. Genau an solchen Beispielen zeigt sich, wie wichtig die weitere Durchsetzung einer linken Stadtentwicklungspolitik mit Mietendeckel, Rekommunalisierung und aktiver öffentlicher Bodenpolitik ist.

Markus Wollina

Aus dem Abgeordnetenhaus

Wem gehört berlin.de?

Viele von uns nutzen regelmäßig das Portal www.berlin.de. Sei es, weil sie Termine bei Ämtern oder Informationen über Veranstaltungen oder über die Bezirkspolitik suchen. Was kaum jemand weiß: das offizielle Internetportal der Stadt wird bislang in einer öffentlich-privaten Allianz mit der BerlinOnline GmbH betrieben.

An dieser sind sowohl der Berliner Verlag, zu dem auch die Berliner Zeitung gehört, als auch die landeseigene Investitionsbank sowie die Volksbank beteiligt. Entstanden war diese

Konstruktion in Zeiten, in denen digitale Kommunikation für das Land vor allem preiswert sein sollte. Die Betriebskosten der Seite spielen sich über Werbung weitgehend selbst ein. Allerdings wurden über die Jahre die weitgehenden Schwächen der ÖPP immer deutlicher. Zum einen hat das Land kaum Einfluss auf den technischen und gestalterischen Standard der Seite. In Zeiten der Verschränkung von offenen Verwaltungsdaten, Partizipationstools und digitalen Zugängen zu Verwaltungsleistungen darf hier aber nicht gespart werden. Zum anderen fehlt ebenfalls der Einfluss auf

das, was die BerlinOnline GmbH neben den redaktionellen Inhalten von Land und Bezirken noch so an Werbung und Inhalten auf die Seite stellt. Und so kommt es etwa vor, dass billigste Clickheischerei auf der Startseite zu finden ist. Oder in der Vergangenheit Kartendienste samt anhängender Abmahnkanzleien bei berlin.de eingebunden worden sind. Nicht zuletzt war vollkommen unklar, wie es mit dem Berliner Verlag weitergehen würde. Der Senat hat daher im Jahr 2018 die Verträge für BerlinOnline zu Ende 2021 gekündigt. Noch in dieser Legislaturperiode muss daher ein



Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrummer Straße)
buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Begriff Faschismus (leider) wieder legitim

Vor gut 80 Jahren, am 27. Januar 1939, erließ der deutsche Beamte Hagemann einen Strafbescheid gegen Hildegard Meyerstein aus der Familie meiner Mutter. Ihr waren bei der Ausreise Gegenstände abgenommen worden: eine Armbanduhr und ein Armband. Das war ein Devisenausfuhrvergehen. Hildegard Meyerstein entkam dem Holocaust. Mehr als vierzig Familienmitgliedern gelang dies nicht. Der Faschist Höcke behauptet heute, Zuwanderung zerstöre die deutsche Kultur, und dies sei schlimmer als der historische Zivilisationsbruch des Holocaust.

Das ist doppelter Rassismus. Höcke hetzt gegen Migranten und verharmlost zugleich den Völkermord der deutschen Faschisten. Und er darf das und ist immer noch Beamter und Fraktionsvorsitzender in einem deutschen

Landtag. Seine Reden grauenhaft: „Thüringer! Deutsche! Dreitausend Jahre Europa! Tausend Jahre Deutschland! ... Die Angsträume werden größer in unserem Land. Gerade für blonde Frauen ... und das im eigenen Land ... Das ist unerträglich!“

Unerträglich, dass ein Faschist wieder so reden darf und sein Bundesfraktionsvorsitzender ihn als Mann der Mitte bezeichnet. Ist das Meinungsfreiheit? Nein - das ist verbaler Terror und wir erleben, wie schnell daraus realer Mord wird. Warum das alles? Das Kapital stellt sich auf alle Eventualitäten ein. Eine dogmatische Feststellung? Bis vor kurzem galt es auch als dogmatisch, den Begriff Faschismus zu gebrauchen. Jetzt, da ein deutsches Gericht diesen Begriff benutzt hat, dürfen wir es auch wieder. Wir müssen es, leider.

Ellen Brombacher

Konzept erarbeitet werden, wie die Seite in Eigenregie des Landes neu aufgestellt und weiter entwickelt werden kann.

Wie eine kleine Bombe platzte dieser Tage die Aussage der neuen Eigentümer des Berliner Verlages in der NZZ, die BerlinOnline sei „der eigentliche Schatz“ ihres Investments. Hier ließen sich, so die Aussage, vielfältige Dienstleistungen ausrollen. Offenbar schwebt dem Ehepaar Friedrich eine Verknüpfung öffentlicher und privater Anwendungen vor. Das wird umso spannender, wenn man weiß, dass der Unternehmer Friedrich auch bisher bereits in Firmen in ähnlichen Bereichen investiert hat. Für uns als LINKE ist jedoch hier die sensible Frage berührt, wem eigentlich unsere Daten und unsere digitalen öffentlichen Infrastrukturen gehören. Uns allen und nicht privaten Interessen.

Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Sprecher für Netzpolitik und digitale Verwaltung

Das ist das Letzte

Advent bedeutet Ankunft. Die Kirche meint die Erlösung durch Jesus. Die Festredner zum Einheits-Jubiläum meinen die Ankunft der Ostdeutschen im Reich der Freiheit. Aber nur eine Minderheit der Ostdeutschen sagt bei Umfragen, dass sie „angekommen“ ist. Die Übernahme unter dem Diktat der Banken und der Alteigentümer hat zu viele Narben hinterlassen. Nun sollen wir weiter hoffen. Doch wie lange?

Die regierenden Parteien haben Schwind sucht bei den Wahlen. Gauland und die Grünen feiern den Auftrieb. Die Restopposition wettet. Doch die Staatslenker lehnen jede Kursänderung ab. So wächst die Erkenntnis, dass hinter der Parteienkrise, Handelskrise, Wohnungs-krise, Autokrise, Bildungskrise, Pflegekrise usw. eine Systemkrise steckt. Viele Wähler flüchten in die kleinen und großen Bewegungen der Selbsthelfer. Ihre Protestschilder fordern: „Abrüsten!“, „Mietendeckel“, „Klimaretung“, „Daseinsvorsorge ist Staatspflicht!“, „Bereicherung der Reichen stoppen!“ ...

Die Strebweite dieser Forderungen beweist, dass die Kernfragen der Zukunft ungeklärt sind: „Wie wollen wir leben?“, „Wem gehört die Stadt?“, „Was unterminiert den Frieden?“, „Wie impotent sind die Eliten und das System bei der Existenzsicherung der Menschheit?“

Die Linken grübeln und streiten bis zur Selbstzerfleischung um Antworten.

Die alten Regierungsparteien beschwören ihre Geschlossenheit und singen: „Wir haben uns alle lieb!“ Sie suchen neue Traumpaare zur Führung: Bündnistreu, Unternehmer-freundlich, antisozialistisch, vor allem redebegabt! Das löst kein schwelendes Problem aber zeigt welch ein Druck auf sie wirkt. Das Volk, der böse Lümmel, verweigert überall in Europa den Gehorsam! In Berlin formiert sich ein Regiment von Hausbesitzern und Anwälten gegen den „Berliner Mietendeckel“. Die Sozialbindung der Besitzenden an das Gemeinwohl gemäß Grundgesetz wird endlich beim Wort genommen. Die Linken als Verteidiger des Grundgesetzes sind nicht totzukriegen. Der Advent 2019 trägt viele rote Lichter!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337
E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Redaktionsschluss:** 28.11.2019
Ausgabetag für Nr. 01/2020 - 09.01.2020

Zhana Jung meint ...

Vor einigen Wochen sprach ich mit meiner Mutter. Das ist nichts Besonderes, wir sprechen oft und ausgiebig über meine politische Arbeit. Dieses Mal jedoch war etwas anders: Sie verstand nur einen Teil von dem, was ich ihr erzählte. Doch das lag nicht daran, dass das Thema, über das wir sprachen komplex war. Sondern an der Wortwahl, die ich verwendet habe. Ähnliche Erfahrungen habe ich auch in meinem (teilweise politisch untätigen) Freundeskreis gemacht.



Die Bezirksvorsitzende mit ihrer Mutter

Wir Linken diskutieren oft darüber, ob unsere Politik mittlerweile zu weit weg von den Bürger*innen unseres Landes ist. Das glaube ich nicht. Aber die Art, wie wir über unsere Politik kommunizieren, die ist zu weit weg. Ich bin der Meinung, dass eine zu komplexe

Kommunikation von sachlichen politischen Themen auch eine Form der Diskriminierung darstellt. Wir brauchen klare Worte, klare Versprechen und eine stimmige, klare Haltung. Und das in jedem uns möglichem Format. Sei es nun die „mittendrin“, unsere Flyer oder die Online-Kommunikation über unsere Social-Media-Kanäle und die Website. Politik muss für jede*n verständlich und greifbar sein.

Ich denke, dass wir in der Partei und in unseren Alltags unseren Blick für Diskriminierungsformen schärfen müssen, die uns noch vor unseren Augen unsichtbar bleiben. Wir thematisieren das Thema Diskriminierung, verurteilen diese, gehen gegen Rechtsextremismus auf die Straße – aber wir schaffen es nicht, uns so auszudrücken oder so zu verhalten, dass sich Personen mit rassistischen Diskriminierungserfahrungen uns anschließen. Als Migrantin, Nicht-Akademikerin und Frau stelle ich innerhalb des Bezirks eine echte Ausnahme dar. Das ist schade.

Ich bringe demnächst ein Videoformat raus, um über unsere politische Arbeit online zu berichten, um Menschen abzuholen, die in sozialen Medien heimisch sind, aber auch aus gesundheitlichen Gründen wenig das Haus verlassen können. Werde Flyer übersetzen und im Rahmen eines Festes darauf aufmerksam machen, dass uns Vielfalt und Teilhabe ein Anliegen sind. Wir sollten uns außerdem in unserer Rassismuskritik weiterentwickeln, von den Fortschritten der Zivilgesellschaft und der Universitäten lernen, und diese dann in politische Maßnahmen übersetzen. An alle Mitglieder*innen des Bezirks appelliere ich: Lasst uns gemeinsam dafür einstehen, dass Politik auch in der Kommunikation und in ihrer Art für jede*n barrierefrei ist.

Zhana Jung

Firlefanze und Glühwein

Dezember 2019

Berlin und der gewöhnliche Berliner

mit

Harald Preuß, Gerd Gless,
Siegfried Wein und Gästen

13., 14., 15. Dezember 19.00 Uhr
16. Dezember 16.00 Uhr
17., 18. Dezember 19.00 Uhr

Sophienstraße 10 Berlin Mitte
t. 030 281 42 00

Wir gratulieren im Dezember zum Geburtstag!

- Zum 94. Werner Hötling, Hans-Ullrich Wolff
- Zum 91. Wilhelm Schmidt
- Zum 89. Jürgen Gruner, Gerhard Rohde
- Zum 88. Günter Grande, Ernst Ritschel
- Zum 87. Horst Renz, Kurt Zopf
- Zum 86. Helga Lange
- Zum 85. Edgar Gladitz
- Zum 83. Elisabeth Janowski
- Zum 82. Annerose Kranz
- Zum 70. Annette Mühlberg